



März 2025

NEUE ENTWICKLUNGEN IN DER KURDENFRAGE – DAS ENDE DER PKK

Walter Posch

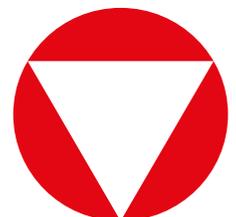
Am 25. Februar 2025 erklärte der inhaftierte Kurdenführer Abdullah Öcalan die Auflösung der „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK). Dieser Aufruf gilt als Antwort auf eine Forderung – oder ein Angebot – Devlet Bahçelis, des Parteichefs der „Partei der Nationalistischen Bewegung“ (MHP) aus dem Oktober 2024. Demnach würde Bahçeli dem inhaftierten Öcalan und der „Partei der Gleichheit und Demokratie der Völker“ (DEM) für eine gemeinsame Zukunft die Hand ausstrecken, sofern die PKK bedingungslos den bewaffneten Kampf aufgibt. Es ist davon auszugehen, dass dies mit Wissen Präsident Erdoğan geschah, der alsbald seiner Zufriedenheit Ausdruck verlieh und vom Beginn einer neuen Epoche ohne Terrorgefahr für die Türkei sprach.

Die offizielle Erklärung

Wie schon zu Zeiten des gescheiterten Friedensprozesses der Jahre 2013-16, gingen auch dieses Mal intensive Gespräche zwischen Abdullah Öcalan und Regierungsvertretern der Veröffentlichung seiner Erklärung voraus. Der offizielle Text Öcalans wurde noch am selben Tag, nach einer Sitzung mit Vertretern der DEM-Partei auf der Gefängnisinsel İmralı, in türkischer und kurdischer Sprache verlesen und live übertragen. In einigen kurdisch-dominierten Städten wie Van und Diyarbakır als public viewing. Der Text trägt den Titel „Aufruf für eine friedliche und demokratische Gesellschaft“ und erinnert an das Vorwort zum „Gesellschaftsvertrages für Kurdistan“ (KCK-sözleşmesi) aus dem Jahre 2005, den Öcalan seinerzeit im Gefängnis verfasste. Im ersten Punkt verweist er auf die Rolle der PKK als Kind des Kalten Krieges und als Reaktion auf die Verleugnung der kurdischen Identität. Zweimal erwähnt er das Scheitern des „real-existierenden Sozialismus“, also

des Ostblocks. Das ist insoweit signifikant, weil dieses historische Ereignis für die jüngere Generation der Kurden wenig Bedeutung hat.

Er beschwört eine vermeintliche antiimperialistische Schicksalsallianz zwischen Türken und Kurden, die diese über ein Jahrtausend gegen „Hegemonialmächte“ gebildet hätten, um ihre Identitäten zu bewahren. Kräfte der „kapitalistischen Moderne“ – ein öcalansches Konzept – wollten diese Allianz zerschlagen, was durch die falsche Interpretation der Realität durch die türkische Republik erleichtert wurde. Man müsse nun diese brüchig gewordene Allianz wiederbeleben. Die PKK sei eben deshalb entstanden, weil demokratische Kanäle verschlossen waren. Dann erteilt er allem, wofür die türkischen Kurden gekämpft haben, eine Abfuhr: „separate Nationalstaaten, Föderationen, Verwaltungsautonomie und kulturalistische Lösungen“, so Öcalan, „können



nicht die Antwort auf die historisch-gesellschaftliche Soziologie sein“, sondern sind Folgen des „extremen Nationalismus“ – der Kurden!

Dann kommt die allgemeine Feststellung – nicht Forderung – dass Respekt vor Identitäten, Meinungsfreiheit und demokratischer Organisation nur „durch die Existenz einer demokratischen Gesellschaft und eines [demokratischen] politischen Raums“ möglich sei. Es gibt daher keine Alternative zur Demokratie, der Weg dorthin läuft über den „demokratischen Kompromiss“. Die Voraussetzungen dafür wurden laut Öcalan von Devlet Bahçeli, durch den Willen Präsident Erdoğan's und den Reaktionen der anderen Parteien geschaffen. Er befiehlt daher der Organisation, einen entsprechenden Kongress einzuberufen und den Beschluss zu fassen, dass „alle Gruppen die Waffen strecken“ und die „PKK sich selbst auflösen“ muss.

Hintergründe und Reaktionen

Über die Gründe für Öcalan's radikale Entscheidung, die PKK aufzulösen, kann zurzeit nur spekuliert werden. Der Fall des Assad-Regimes und die Erfolge der türkischen Sicherheitskräfte gegen die im irakisch-türkischen Grenzgebiet aktiven PKK-Gruppen mögen diese Entscheidung erleichtert haben. Manche Beobachter gehen davon aus, dass Öcalan damit auch auf die Überdehnung der Organisation reagierte. Andere Beobachter vermuten einen Abtausch zwischen besseren Haftbedingungen bzw. Freiheit für Öcalan und möglicher parlamentarischer Unterstützung für den Wunsch des Präsidenten nach einer weiteren Amtszeit, obwohl verfassungsmäßig nur zwei möglich sind.

Dennoch wurde die Erklärung Öcalan's überwiegend positiv aufgenommen. In der Türkei und vor allem in den Kurdengebieten des Landes wurde damit die Hoffnung auf eine friedliche Zukunft verknüpft, dasselbe hoffen Europa und die USA und die Kurdische Regionalregierung in Erbil.

Viele Kurden hoffen auf die Freilassung des kurdischen Oppositionspolitikers und ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Selahettin Demirtaş, der nun seit einem Jahrzehnt in Haft ist und gemeinhin als demokratischer Hoffnungsträger gilt. In der Regel beurteilen türkische Beobachter und Kommentatoren den Gewaltverzicht positiv, warnen aber vor überzogenen Erwartungen und rufen das Scheitern des Friedensprozesses zwischen dem Staat und der PKK von vor zehn Jahren in Erinnerung. Heikle Fragen wie Amnestie und Reintegration der Kämpfer oder Exil für die Führungskader werden in der Erklärung Öcalan's nicht einmal thematisiert. Genauso wenig erwähnt er die kulturellen, rechtsstaatlichen und zivilgesellschaftlichen Forderungen der Kurden.

Die Reaktionen der PKK waren verhalten: Die Guerillaführung im Kandilgebirge äußerte sich abwartend, indem sie einen Waffenstillstand für alle Einheiten erklärte. Ebenso zurückhaltend reagierte die Europaorganisation, während Remzi Kartal, der Vorsitzende des Volkskongresses (Kongra-Gel) das Fehlen jeglichen politischen Prozesses kritisierte. Mazlum Abdi von der syrischen YPG unterstützte die Erklärung, wies aber darauf hin, dass sie nichts mit den syrischen Kurden zu tun habe, weil diese unabhängig von der PKK organisiert seien. Damit spricht er ein wichtiges Problem an: Die zahlreichen Branchen, Flügel, Kongresse und Milizen der PKK, die immer wieder ihre Namen ändern und doch eine einzige Organisation bilden.

Welche Elemente sind Teil der PKK?

Die PKK hat sich als Organisation bereits mehrmals aufgelöst und mit neuen Statuten, Symbolen und Fahnen neugegründet, nur das Bild von Öcalan als Führer (önder, rêber) blieb erhalten. Der seit 26 Jahren inhaftierte Öcalan mag zwar nur mehr eine Symbolfigur sein, aber durch den von der PKK betriebene Personenkult und die pyramidal, zum Führer zulaufende

Organisationstruktur, bleibt er weiterhin der bestimmende Faktor. Ihre letzte Inkarnation heißt offiziell „Gesellschaftsunion Kurdistan“ (KCK) und basiert auf dem „Gesellschaftsvertrag“, der eine Mischung aus Parteiprogramm und Staatsverfassung ist.

KCK ist als Rätebund organisiert, dessen Volkskongress (Kongra-Gel) behauptet, das Repräsentativorgan aller Kurden weltweit zu sein. Damit wird, ganz im Sinne und in der Tradition der PKK, allen anderen kurdischen Organisationen die Legitimation abgesprochen, was auf die jahrzehntelange Feindschaft zwischen der PKK und der KDP in Irakisch-Kurdistan zurückgeht, die ihrerseits die Globalvertretung für die Kurden beansprucht.

KCK beinhaltet mehrere Milizen (z.B. HPG, YJA-Star), die von der Guerillaführung direkt gegen die Türkei eingesetzt werden. Ähnliche Organisationen und Verfassungen sind für die kurdischen Minderheiten in allen Staaten der Region vorgesehen und zum Teil umgesetzt, d.h. eine Partei (PJAK im Iran, PYD in Syrien) und in der Regel zwei Milizen (YPG und YPJ, im Iran YRK usw.) organisieren sich autonom von der Gesamtleitung, mit der sie gleichwohl in engem Kontakt stehen.

In Syrien gelang es den Kurden ein autonomes Selbstverwaltungsgebiet (AANES, Rojava) zu etablieren, das von Ankara als direkte Bedrohung betrachtet wird, im Gegensatz zur kurdischen Selbstverwaltung in Erbil, mit der die Türken gute Beziehungen unterhalten.

Schließlich ist die mächtige Europaorganisation (KCDK-E) mit Sitz in Brüssel zu nennen, die für die Finanzierung (Spendenaktionen bzw. Revolutionssteuer) der Gesamtorganisation, für Medienauftritte, Koordination der Aktivitäten, Kontakte zur Politik und Behörden zuständig ist und dafür sorgt, dass Öcalans Organisation in der europäischen Öffentlichkeit als die einzige Vertreterin der Kurden wahrgenommen wird.

Syrien

Aus türkischer Sicht betrifft die Auflösung der PKK auch die Öcalan-treuen Elemente in Syrien, die im Rahmen der Demokratischen Kräfte Syriens (SDF) aktiv sind. Die SDF sind offiziell ein Milizenverband, der kurdische YPG und YPJ mit verschiedenen arabischen Stammesmilizen vereint. Die Gesamtleitung liegt aber bei der YPG, deren Kämpfer auch aus nicht-syrischen Kurdengebieten stammen. Höhere Kommandanten wurden und werden immer wieder nach Europa transferiert, um dort Leitungsfunktionen zu übernehmen. Den USA dienten oder dienen die SDF als Infanterie im Kampf gegen den IS und andere islamistische Gruppen.

Die Lage der Kurden verschlechterte sich signifikant, als Ende 2024 die aus der Al-Qaida bzw. Nusra-Front hervorgegangene „Befreiungsbewegung für Syrien“ (HTS) die Macht im Lande übernahm. Die neue Regierung unterhält enge Beziehungen nach Ankara. Der türkische Außenminister Fidan und Geheimdienstchef Kalin gehörten zu den ersten Besuchern in Damaskus und der neue Regierungschef Ahmad al-Sharaa besuchte im Jänner 2025 die Türkei. Es ist davon auszugehen, dass die Syrer ihren türkischen Partnern Zugriff auf Akten des syrischen Geheimdienstes über die PKK und Öcalan gewähren.

Auf türkische Ermunterung hin lehnen die neuen Machthaber in Damaskus jede Form der kurdischen Selbstverwaltung ab und verlangen die Integration kurdischer Kämpfer in eine neu aufzubauende syrische Armee auf individueller Basis, was einer Auflösung der YPG gleichkommt und zudem das Schicksal der Frauenkampfverbände und der Internationalisten ungeklärt lässt.

Regionale Aspekte

Die neue Lage erweckt Begehrlichkeiten der Regionalmächte. Vor dem Hintergrund zunehmender türkisch-iranischer Span-

nungen wird in Teheran offen spekuliert, die syrischen Kurden gegen Ankara zu unterstützen. Bisher hat weder Teheran konkrete Schritte in diese Richtung gesetzt, noch zeigte sich die Führung der YPG daran interessiert.

Realistischer scheint israelische Unterstützung. Aus Sicht Tel Avivs würde eine stabilisierte kurdische Region in Nordostsyrien die türkische Kontrolle über Syrien verringern und verhindern, dass das syrische Regime soweit erstarkt, dass es für Israel eine Gefahr sein könnte. Und schließlich stehen die USA vor der Frage, wie sie mit der SDF weiter verfahren wollen. Ein Fallenlassen der SDF würde unweigerlich den Kollaps der AANES nach sich ziehen und die fragile Lage weiter destabilisieren. Mittlerweile wird wieder ein alter Plan einflussreicher israelischer und amerikanischer Kreise diskutiert: die YPG und alle mit ihr verbündeten kurdischen Einheiten über den Nordirak in den Iran einsickern zu lassen, um die iranische Position in der Region endgültig zurückzurollen bzw. als Vorbereitung für eine robuste Intervention der USA gegen die Islamische Republik. Damit könnte sich, so meinen manche Beobachter, auch Ankara zufriedengeben.

Ableitungen für Europa

Wie alle Außenstehenden war auch die EU von Öcalans Aufruf an die PKK, die Waffen niederzulegen, überrascht. Damit bietet sich für die Türkei die Chance, kurdische Angelegenheiten nicht mehr unter dem Paradigma der Terrorbekämpfung, sondern ausschließlich im Rahmen des Schutzes der Menschen- und Minderheitenrechte und auf dem Boden der türkischen Verfassung zu behandeln. Sofern tatsächlich ein politischer Prozess in der

Türkei zustande kommt, böte sich für die Europäer die Möglichkeit, diesen Prozess mit Hilfe von NGOs zu begleiten, sofern dies von den Beteiligten gewünscht wird.

Mit Blick auf Syrien, ist abzuwarten, inwieweit AANES/Rojava seine Strukturen bewahren oder in irgendeiner Form im neuen Syrien transformieren kann. Sollte dies nicht der Fall sein, ist mit einem Zusammenbruch zu rechnen, der unweigerlich weitere Flüchtlingsströme nach Europa zur Folge haben wird, denen sich erfahrene Kämpfer und Kader anschließen werden.

Schließlich verdient die Europaorganisation der PKK größere Aufmerksamkeit. Öcalans Absage an den bewaffneten Kampf und an zentrale kurdische Forderungen wie kulturelle Rechte muss die professionellen Kader und Sympathisanten erschüttern. Es stellt sich nun die Frage, wie die Europaorganisation darauf reagiert, deren Kernelemente konspirativ arbeiten, indem sie z.B. Feindaufklärung betreiben und für den Transfer von Kadern und Kämpfern sorgen. Zudem verfügt sie über einen ausgezeichneten Propagandaapparat. Vor allem die Frage der Aufbringung der Finanzen durch sogenannte Steuern von kurdischstämmigen Geschäftsleuten, kann, wenn der ideologische Faktor wegfällt, zur Schutzgelderpressung verkommen. Die Auflösung der PKK betrifft in Europa ausschließlich die Struktur der professionellen Kader und ihre militante Strukturen, nicht jedoch das reiche kurdische Vereinswesen das seit Jahrzehnten auf friedliche und demokratische Art und Weise sich für das kurdische Volk einsetzt. Diese beiden Elemente zu trennen liegt im Interesse der europäischen Staaten und der europäischen Kurden gleichermaßen.

Impressum:

Medieninhaber, Hersteller, Herausgeber: Republik Österreich / BMLV, Roßauer Lände 1, 1090 Wien

Redaktion: Landesverteidigungsakademie/IFK, Stiftgasse 2a, 1070 Wien

Periodikum der Landesverteidigungsakademie

Copyright: © Republik Österreich / BMLV / Alle Rechte vorbehalten

Druck: Reproz W 25-XXXX, Stiftgasse 2a, 1070 Wien



www.facebook.com/lvak.ifk